



Newsletter

Newsletter aus dem Landtag von Bernhard Seidenath, MdL, 5.02.2016

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

in der aktuellen Stunde im Landtag ging es in dieser Woche auf Vorschlag der CSU-Fraktion erneut um das Thema, das derzeit alle bewegt wie kein anderes: die hohe Zahl an Flüchtlingen, die aktuell in unser Land kommen. Dabei geht es der CSU-Landtagsfraktion um eine rasche Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit. Dies ist einer der Aspekte in unserem 12-Punkte-Programm gegen die Flüchtlingskrise, das wir im Landtag vorgestellt haben. Daneben haben wir uns auch mit dem Bayerischen Betreuungsgeld beschäftigt, das voraussichtlich Mitte März vom Landtag beschlossen werden wird. Damit ist Bayern das einzige Bundesland, das Eltern eine echte Wahlfreiheit bietet!

Positive Nachrichten gibt es aus Dachau zu berichten: Innenminister Joachim Hermann und Finanzminister Dr. Markus Söder haben grünes Licht für den Neubau der Polizeiinspektion Dachau auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei gegeben. Dadurch ist endlich der lang ersehnte Durchbruch geschafft. Mehr dazu und zu den Planungen auf dem jetzigen Gelände lesen Sie in der Pressemitteilung im letzten Artikel meines heutigen Newsletters.

- Diese Woche im Plenum
- Veranstaltung am 12. Februar: Chancen und Möglichkeiten von TTIP
- Zwischenstand zum Bayerischen Betreuungsgeld
- Status „Bayern barrierefrei 2023“
- Aufwind für Elektromobilität
- Volle Kontrolle über den Zustrom in Deutschland
- Ehrenamt braucht Freiraum und Anerkennung
- Die Woche in Bildern
- Zahl der Woche: 67.514
- Meine Pressemitteilung zum Neubau der Polizeiinspektion Dachau

Nun wünsche ich Ihnen wieder eine informative Lektüre und freue mich auf Ihre Reaktionen und Meinungen. Viel Vergnügen beim bevorstehenden närrischen Wochenende und herzliche Grüße

Ihr

Bernhard Seidenath

Diese Woche im Plenum

In der aktuellen Stunde diese Woche ging es auf Vorschlag der CSU-Fraktion um das Thema „Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit jetzt! 12 Punkte-Programm gegen die Flüchtlingskrise.“

„Wir können uns auf die Wirksamkeit internationaler Maßnahmen in kurzer Zeit nicht verlassen. Wir müssen national handeln“, forderte der Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer.

Hier können Sie die einzelnen Redebeiträge noch einmal sehen:

[Thomas Kreuzer](#), [Gudrun Brendel-Fischer](#), [Josef Zellmeier](#), Staatsminister [Joachim Herrmann](#), MdL

Zum [12-Punkte-Programm](#) gegen die Flüchtlingskrise

Veranstaltung am 12. Februar: Chancen und Möglichkeiten von TTIP

Wie wirkt sich das zwischen den USA und Deutschland geplante Freihandelsabkommen auf den Arbeitsmarkt in Bayern aus? Sind unsere hohen Standards beim Verbraucher- und Rechtsschutz in Gefahr? Am 12. Februar um 19.30 Uhr diskutieren wir mit dem US-Handelsbeauftragten Botschafter Michael Froman, unserem wirtschaftspolitischen Sprecher Erwin Huber und weiteren Gästen über TTIP.

Hier geht's zur [Anmeldung](#)

Zwischenstand zum Bayerischen Betreuungsgeld

Endspurt im Gesetzgebungsverfahren für das Bayerische Betreuungsgeld: Staatsministerin Emilia Müller hat in der Fraktionssitzung einen Zwischenstand zur Umsetzung gegeben. Voraussichtlich Mitte März soll das Gesetz abschließend vom Landtag beschlossen werden. Noch am gleichen Tag startet die automatische Versendung der Antragsformulare, also sogar noch vor Verkündung des Gesetzes. „Bayern ist das einzige Bundesland, das mit der Einführung des Betreuungsgeldes Eltern weiterhin echte Wahlfreiheit ermöglicht“, so die Ministerin.

Laut Gesetzentwurf können Eltern die Leistung rückwirkend zum 1. Januar 2015 beantragen. Das ermöglicht einen nahtlosen Übergang von der bisherigen Bundes- zur Landesleistung. Die Eltern wurden bereits im Dezember 2015 darüber informiert. Die Ministerin rechnet mit 60.000 bis 70.000 Anträgen für diesen Zeitraum. Um diese Anträge zügig zu bescheiden, wurde eigens eine Software für eine automatische Bearbeitung entwickelt und das Personal durch befristete Mehrarbeit und Pensionäre kräftig aufgestockt.

Einen Film der CSU-Fraktion zum Betreuungsgeld finden Sie [hier](#).

Status „Bayern barrierefrei 2023“

„Wir haben schon eine beachtliche Bilanz“: Sozialministerin Emilia Müller und Innenminister Joachim Herrmann haben einen Zwischenstand zur Umsetzung von „Bayern barrierefrei 2023“ vorgestellt. Bei der Barrierefreiheit sei allerdings nicht nur der Staat gefordert, auch die Barrieren in den Köpfen müssten abgebaut werden, so die Ministerin in der Fraktion. Insgesamt 221 Millionen Euro hat Bayern 2015 und 2016 innerhalb des Doppelhaushaltes für Maßnahmen vorgesehen.

Innenminister Herrmann präsentierte die konkreten Fortschritte: 416 neue Linienbusse wurden angeschafft, sechs S-Bahn-Stationen in München barrierefrei umgebaut, 13 weitere sollen folgen, dazu zwei Nürnberger S-Bahnhöfe. Elf Millionen Euro wurden in Kinderbetreuung und Schule investiert und rund 480 Baumaßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit im gesamten Frei-

staat angestoßen. Künftig sollen auch die Bereiche Information und Kommunikation sowie Gesundheit im Fokus stehen. Zudem soll auch in die Fortbildung der Beschäftigten im staatlichen Bereich investiert werden. „Wir können uns messen lassen und sagen, wir haben das Thema erfolgreich angepackt“, so Herrmann.

Das Sonderprogramm bezieht sich nur auf den staatlichen Bereich. Die Kommunen haben die Barrierefreiheit in eigener Verantwortung zu realisieren. Auch bei den Bahnhöfen, für die die Deutsche Bahn zuständig ist, hat der Freistaat nur sehr begrenzten Einfluss.

Aufwind für Elektromobilität

Aufwind für die Elektromobilität: Die Staatsregierung will gemeinsam mit der bayerischen Automobilwirtschaft die Zahl der Elektrofahrzeuge deutlich erhöhen. „Die Elektromobilität leistet einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz, zur Luftqualität und mittelfristig auch zur Energiewende“, erklärte Wirtschaftsministerin Ilse Aigner in der Gesamtfraktion.

Mit finanziellen Anreizen soll der Markt angekurbelt, parallel dazu die Ladeinfrastruktur entsprechend ausgebaut werden. Norwegen und die Niederlande hätten gezeigt, dass Kaufprämien und vor allem ein gut ausgebautes Netz an Ladestationen dazu führen, dass sich mehr Menschen für ein Elektroauto entscheiden. „Unser Ziel müssen 7.000 öffentliche Ladestationen im Jahr 2020 sein“, so Aigner. Als dritten Schritt schlägt die Wirtschaftsministerin vor, dass Arbeitnehmer ihr Elektroauto am Arbeitsplatz laden können. „So könne man die Anschaffung vor allem für Berufspendler attraktiv machen“, betonte sie.

Bayern gehe aber auch mit gutem Vorbild voran, so Aigner. Im staatlichen Fuhrpark soll der Anteil der Elektroautos bei Neuzulassungen, die grundsätzlich für Elektrifizierung geeignet sind, auf 20 Prozent erhöht werden.

Mit Blick auf die Umweltbelastung müsse Bayern das Thema schnellstmöglich voranbringen, ergänzte Innenminister Joachim Herrmann. Er kündigte verschiedene Maßnahmen an, unter anderem Ladestationen an Autobahnraststätten und E-Busse im Stadtverkehr.

Volle Kontrolle über den Zustrom nach Deutschland

Der CSU-Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer hat umgehend volle Kontrolle über den Zustrom nach Deutschland verlangt. „Leider hat sich wieder mal bestätigt, dass terroristische und kriminelle Kreise die Flüchtlingsströme nutzen, um unerkannt islamistische Gewaltverbrecher in Deutschland einzuschleusen“, so Kreuzer. Er reagierte damit auf die Festnahmen von islamistischen Gefährdern.

Die Grünen schätzten die Lage naiv ein und gefährdeten die Bürger, so der Fraktionsvorsitzende weiter. Kreuzer hatte bereits vor über einem Jahr vor dieser Situation gewarnt. Damals warf ihm Margarete Bause, die Fraktionsvorsitzende der bayerischen Grünen, unter anderem „ausländerfeindliche Ressentiments“ und „unverfrorenen Fremdenhass“ vor.

[Weiterlesen](#)

Ehrenamt braucht Freiraum und Anerkennung

„Per Gesetz lässt sich Ehrenamt nicht vorordnen. Wir sollten Ehrenamtliche vor Ort unterstützen und nicht einengen.“ Mit diesen Worten reagierte Dr. Gerhard Hopp, jugendpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und Berichterstatter im sozialpolitischen Ausschuss des Landtags, zu dem in dieser Woche beratenen Entwurf der SPD für ein so genanntes Ehrenamtsgesetz.

Dass der Freistaat bereits jetzt an vielen Stellen das ehrenamtliche Engagement unterstütze, bekräftigte Joachim Unterländer, Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration. „Bayern hat eine flächendeckende Infrastruktur zur Förderung des Ehrenamtes aufgebaut, zum Beispiel mit den 60 Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement.“

[Weiterlesen](#)

Die Woche in Bildern

Impressionen zu dieser Woche finden Sie in unseren [Bildern der Woche](#).
Zur [Bildergalerie](#)

Zahl der Woche: 67.514

Die Zahl der Krebserkrankungen in Bayern geht zurück. Im Jahr 2013 gab es genau 67.514 Fälle von Neuerkrankungen. Das sind rund 800 Fälle weniger als im Vorjahr. „Das ist eine erfreuliche Entwicklung“, so Gesundheitsministerin Melanie Huml. Das Bayerische Gesundheitsministerium werde sich auch künftig intensiv für Vorsorge und Prävention einsetzen, so die Ministerin. „Viele Krebsarten sind heilbar, wenn sie rechtzeitig erkannt werden. Vorsorge kann deshalb einen wirkungsvollen Schutz bedeuten.“ Niemand solle also aus Furcht vor einer schlechten Nachricht Untersuchungen meiden.

Pressemitteilung zum Neubau der PI Dachau

Durchbruch für einen Neubau der Polizeiinspektion Dachau auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei – Staatsbedienstetenwohnungen auf dem bisherigen Areal an der Dr.-Höfler-Straße

„Endlich ist es geschafft: Innenminister Joachim Herrmann hat grünes Licht für den dringend nötigen Neubau der Polizeiinspektion (PI) Dachau auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei (BePo) in Dachau gegeben. Auf dem bisherigen PI-Standort an der Dr.-Höfler-Straße will der Freistaat Bayern im Anschluss Staatsbediensteten-Wohnungen errichten. Dies ist eine optimale Lösung“, gab Bernhard Seidenath, Stimmkreisabgeordneter für den Landkreis Dachau im Bayerischen Landtag, heute in Dachau bekannt. An dem Spitzengespräch im Bayerischen Landtag in der letzten Woche, in dem dieser Durchbruch erzielt wurde, nahmen auch MdL Anton Kreitmair und Landrat Stefan Löwl, der Vorsitzende des Innenausschusses Dr. Florian Herrmann sowie Innenminister Joachim Herrmann und Finanzstaatssekretär Albert Füracker teil. „Dankbar bin ich insbesondere Finanzminister Dr. Markus Söder, der sich ebenfalls vehement für diese Lösung eingesetzt hat“, betonte Seidenath.

In der Folge wurden heute im Landratsamt in Dachau zusammen mit der Stadt Dachau, Landrat Stefan Löwl, den beiden Abgeordneten Seidenath und Kreitmair sowie Vertretern der staatlichen Hochbauverwaltung und der Immobilien des Freistaats Bayern die sich hieraus ergebenden insbesondere baurechtlichen Fragen erörtert: für den Neubau der PI am Marienplatz, also auf dem Gelände, das westlich / links, gleich nach der Einfahrt an der Wache der Bereitschaftspolizei, gelegen

ist, sowie für eine anschließende Wohnbebauung auf dem bisherigen PI-Grundstück an der Dr.-Höfler-Straße, dessen Eigentümer weiterhin der Freistaat Bayern bleiben wird. „Wir sind auch hier gute Schritte vorangekommen. Der Neubau der PI war ja schon lange Wunsch auch der Stadt Dachau, wie der frühere OB Peter Bürgel sowie auch der aktuelle OB Florian Hartmann stets betont haben. Wohnungen für Staatsbedienstete werden in der Metropolregion München und insbesondere in Dachau ja dringend benötigt. Es gewinnen deshalb alle Seiten“, betonte Seidenath: die Polizei, weil der neue Standort aus einsatztaktischer sowie aus organisatorischer Sicht – durch die Nähe zu Kfz-Werkstätten oder zur Kantine derBePo - Vorteile und Synergien hat eine Gebäudesanierung bei laufendem Betrieb die Beamtinnen und Beamten sehr belastet hätte, weil ein Gebäude errichtet werden kann, das den aktuellen Anforderungen einer modernen Polizeiinspektion entspricht und auch Erweiterungsoptionen enthält, die es am bisherigen Standort nicht gegeben hätte. Aber auch die Bürgerinnen und Bürger im gesamten Landkreis Dachau, für die zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird. Das Grundstück auf dem BePo-Gelände, auf welchem der Neubau errichtet werden wird, ist sowohl aus sicherheitlichen Erwägungen wie auch aus historischen Gründen nur für eine polizeiliche Nutzung, nicht aber für eine Wohnbebauung geeignet.

Oberbürgermeister Florian Hartmann meinte hierzu: „Die Stadt Dachau begrüßt diese Entscheidung, da hierdurch die schwierige Situation mit den sanierungsbedürftigen Gebäuden beendet wird. Darüber hinaus können für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst dringend notwendige Wohnungen gebaut werden.“

Landrat Stefan Löwl erklärte: „Ich freue mich insbesondere für die Beamtinnen und Beamten unserer Polizeiinspektion, welche nun eine konkrete Perspektive für die Verbesserung der kaum mehr tragbaren räumlichen Zustände im bisherigen Dienstgebäude haben und mit dem Neubau auch den „Wunschstandort“ erhalten werden. Gerade aufgrund der Herausforderungen für die Polizei in einem Wachstumslandkreis wie hier in Dachau ist es wichtig, alle Synergien zu nutzen, damit möglichst viele Beamtinnen und Beamte für den Dienst am Bürger zur Verfügung stehen. Die Kombination mit dem dringenden Wohnungsbau rundet die gefundene Lösung ab. Ich bin dankbar, dass das nachhaltige Eintreten der Stadt, des Landkreises sowie unserer Abgeordneten am Ende zu dieser guten Entscheidung der verantwortlichen Minister geführt hat.“

MdL Anton Kreitmair betonte: „Durch den Neubau der PI Dachau am Standort der Bereitschaftspolizei ist aus organisatorischer Sicht die beste Lösung getroffen worden. Die Schaffung von neuem Wohnraum auf dem Gelände der alten PI ist für Dachau enorm wichtig.“

Jahrelang hatte sich der Stimmkreisabgeordnete Bernhard Seidenath zusammen mit allen politisch Verantwortlichen im Landkreis um diesen Neubau bemüht. „Ich bin guter Dinge, dass die Gremien, die nun befasst werden müssen, - des Landtags und der Stadt Dachau – zu guten Lösungen kommen und eine rasche Realisierung ermöglichen, so Seidenath. Auch Löwls Vorgänger Altlandrat Hansjörg Christmann hatte sich vehement für eine Neubau-Lösung verwendet. Es wurden unzählige Briefe geschrieben und Gespräche geführt, Gutachten für einen Neubau oder eine Sanierung erstellt, städtebaurechtliche Gründe abgewogen und Synergieeffekte in Betracht gezogen. „Was lange gewährt hat, wird nun endlich gut“, lautete demnach Seidenaths Fazit.